

Bericht zur Vorlage 3797 des Gemeinderates zur Volksinitiative für die Einführung von Tempo 30- Zonen in Allschwil

1. Vorbemerkung

Die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen (VPK) hat an einer Sitzungen die oben erwähnte Vorlage des Gemeinderates beraten. Sie dankt den Vertretern des Gemeinderates und der Verwaltung für ihre Auskunftsbereitschaft .

2. Ausgangslage

Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat im Januar 2008 eine Vorlage zur schrittweisen Einführung von Tempo 30 - Zonen in Allschwil vorgelegt und für die erste Etappe einen Verpflichtungskredit über CHF 147'000.- beantragt. Auf Antrag der CVP hat der ER eine Sistierung des Geschäfts für 2 Jahre beschlossen. Begründet wurde dieser Schritt mit der finanziellen Situation der Gemeinde. Ein Komitee hat nun erfolgreich eine Volksinitiative zur Einführung von Tempo 30 lanciert. Wichtig ist dabei, dass die Initiative nicht formuliert ist, was dem GR im Falle der Annahme einigen Handlungsspielraum lässt. Der GR ging nochmals über die Bücher und suchte nach Möglichkeiten, dem Ansinnen der Initianten Rechnung zu tragen und trotzdem Rücksicht auf die finanzielle Lage der Gemeindekasse zu nehmen.

3. Gegenstand des Geschäfts

Das Geschäft 3797 wurde vom ER-Büro zur Vorberatung an die VPK gegeben. Die VPK soll die vom GR aufgezeigten Varianten diskutieren und eine Empfehlung zu Händen des ER abgeben.

4. Sicht der Kommission

In der VPK wurde der Bericht des Gemeinderats lange und intensiv diskutiert. Herr Scharaf Helmy erläutert die heute im Falle der Tempo 30 - Initiative möglichen Szenarien:

1. Möglichkeit: Der ER kann die Initiative gutheissen. Dadurch würde es nicht zur Volksabstimmung kommen, der GR würde zur Ausarbeitung einer Vorlage im Sinne der Initiative verpflichtet.
2. Möglichkeit: Der ER lehnt Initiative ab, es kommt zur Volksabstimmung. Würde die Initiative angenommen, müsste der GR ebenfalls eine Vorlage ausarbeiten und dem ER unterbreiten. Würde die Vorlage im ER gutgeheissen, könnte noch das fakultative Referendum gegen die Vorlage ergriffen werden.
3. Möglichkeit: Der ER lehnt Initiative ab, Volk sagt nein. Geschäft ist abgeschlossen.

Die beiden Varianten im Bericht des Gemeinderates gaben in der Kommission viel zu diskutieren.

Variante 1. mit Kostenfolge von Fr. 102000.- wird vom Verkehrsplaner aus Städtebau /optischer Wirkung nicht empfohlen, auch werden die „Fussgänger-Übergänge“ weniger hervorgehoben. Doch kostet Variante 1. Fr. 45000.- weniger gegenüber der ursprünglichen Vorlage vom Januar 2008, erfüllt aber alle sicherheitstechnischen Anforderungen der Tempo 30-Zonen. Die Kommission kam zu Schluss, dass mit Variante 1. eine kostenoptimierte Lösung gefunden wurde. Die den Willen der Initiative erfüllt.

Variante 2 mit Kostenfolge von Fr. 32000.- bringt auch punktuell mehr Sicherheit und reduziert das Geschwindigkeitsniveau, doch könnte unverhältnismässige Fahrweisen nicht geahndet werden.

Die Kommission ist mehrheitlich dafür, dass die eingereichte Initiative zur Volksabstimmung kommt. Keine der beiden Varianten fanden in der Kommission eine grosse Mehrheit.

5. Anträge

- 5.1 Die VPK empfiehlt dem Einwohnerrat, dem **Antrag 1 des Gemeinderates** mit 4 Ja zu 3 Nein Stimmen bei 0 Enthaltungen **zuzustimmen**.
- 5.2 Die VPK empfiehlt dem Einwohnerrat, dem **Antrag 2 des Gemeinderates** mit 4 Ja zu 3 Nein Stimmen bei 0 Enthaltungen **zuzustimmen**.
- 5.3 Die VPK empfiehlt dem Einwohnerrat, mit 6 Ja zu 1 Nein Stimmen, auf einen Gegenvorschlag zu verzichten
- 5.4 Die VPK empfiehlt dem Gemeinderat, mit 5 Ja zu 2 Nein Stimmen im Falle einer Annahme der Initiative die kostenoptimierte Variante 1 vorzuschlagen.

Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen

der Präsident

Jürg Vogt

27. Januar 2009

An der Beratung haben teilgenommen:

A. Bieri (SP), F. Keller (CVP), A. Bitterli (SP), J. Studer (SVP),
W. Schwarz (SVP), N. Ulusoy (Grüne) Protokoll, GR T. Pfaff, Sch. Helmy